Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die Zollzeile entgegen für den Inseratenteil und an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 286. [48. Jahrgang.] Sonnabend den 5. Dezember 1908. [48. Jahrgang.] Nr. 286.

Berlin, den 4. Dezember.

Rundschau im Auslande.

Im österreichischen Abgeordnetenhause

wurde am Donnerstag, wie gemeldet, die Beratung des Budgetprovisoriums begonnen.

Abg. Dr. Ahser (Soz.) erklärte im Verlaufe seiner Ausführungen, vor allem müsse gegen die in Prag verhängte Maßregel protestiert werden. (Lebhafter Beifall.) Das Staubrecht sei der vollständige Bankrott der alten österreichischen Regierungsmethoden, ein Beweis für die vollkommene Unfähigkeit der heute herrschenden Parteien, herrschen. Die Sozialdemokraten verurteilen die Exzesse in Prag, aber auch die Deutschböhmen. (Beifall.) Der Redner bestritt die Fähigkeit des Ministerpräsidenten, eine Konzentration der staatserhaltenden Parteien herbeizuführen, wofür die Chance niemals geringer gewesen sei als jetzt, und wendet sich gegen die Drohung mit der Auflösung des Parlaments. Die Sozialdemokraten würden nur für die Dringlichkeit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums stimmen, aber alles daran setzen, um die normale Perfektionierung des Budgets durchzusetzen. Bezüglich der bosnischen Vorlage bemerkte Abg. Dr. Ahser, es sei unzweifelhaft, daß die Annexion für Oesterreich die größte Gefahr gebracht habe, da Oesterreich vor einer schweren Bedrohung des Friedens stehe. Unabweislich sei die Erkenntnis, daß Oesterreich von Grund aus umgestaltet werden müsse, und daß dem deutschen Volk die volle Selbstregierung nur dann zu teil werden könne, wenn sie alle Völker besitzen.

Abg. Udrzal schob die Schuld an den Prager Straßenkundgebungen auf die grundlose Obstruktion der Deutschen im böhmischen Landtage, sowie auf das Verhalten der deutschen Studenten und warf unter wiederholtem lärmenden Widerspruch der Linken den Deutschen vor, sie wollten ihre Vorherrschaft um jeden Preis behaupten. Die Verhängung des Staubrechtes sei überflüssig gewesen. Redner kritisierte abfällig das Verhalten des deutschen Landesmannministers und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die Deutschen und Tschechen sich dereinst auf dem Felde wirklicher Arbeit begegnen würden.

Abg. Dr. Jaeger bedauerte, daß das Staubrecht so spät verhängt worden sei, und protestierte gegen die Angriffe des Abg. Udrzal auf die Deutschen. Das Ziel der Tschechen sei, die Deutschen in Böhmen und im ganzen Sudetenlande mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Dann wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt. Eingegangen sind mehrere Dringlichkeitsanträge, darunter einer auf Abberufung des Statthalters von Böhmen Grafen v. Coudenhove, einer auf Aufhebung des Staubrechtes in Prag, einer auf Verbot der Farbenträgerei der Studenten in ganz Oesterreich und ein sozialdemokratischer Antrag auf Abänderung des Artikels V des Staatsgrundgesetzes dahin, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden künftig der Reichsvertretung überlassen bleiben soll.

Italiens auswärtige Politik vor der Deputiertenkammer.

Die italienische Deputiertenkammer setzte am Donnerstag die Beratung des Antrags Fusinato auf Billigung der auswärtigen Politik des Kabinetts fort.

Santini führte aus, Italien hätte sich der Annexion Bosniens nicht widersetzen können. Redner vertrat den Standpunkt, daß durch die Ausgabe des Sandschaks durch Oesterreich-Ungarn für Italien die Gefahr eventueller Verwicklungen fortfalle, und verteidigte die Politik Tittonis.

Fortis erklärte, er könne die auswärtige Politik der italienischen Regierung, aber nicht die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns billigen. Redner bestritt die Rechtmäßigkeit der Annexion Bosniens, die eine tatsächliche Verletzung des Berliner Vertrages bilde. Die Kompensationen bezüglich des Sandschaks, die die Möglichkeit eines Marsches der Oesterreicher gegen Saloniki keineswegs ausschlössen, seien nicht genügend. Fortis betonte dann die große politische Bedeutung der Annexion Bosniens, der sich Italien indessen nicht unmittelbar habe widersetzen können. Es müsse vielmehr zusammen mit den europäischen Mächten abwarten, um die Gefahr einer Isolierung zu vermeiden. In dieser abwartenden Haltung aber könnte es seine Kompensationsforderung stellen. In einer europäischen Konferenz könne Italien mit voller Bestimmungsfreiheit teilnehmen, denn diese sei durch die Rede in Carate nicht beeinträchtigt. Wenn die Konferenz nicht zusammentreten sollte, so müsse nach seiner Ansicht Italien im Einvernehmen mit den anderen Mächten vorgehen. Er halte den Berliner Vertrag und den Dreibundvertrag für zwei internationale Uebereinkommen, die nicht unvereinbar mit einander seien. Daher wolle er der Sache des Dreibundes treu bleiben, obgleich diese Treue angesichts der Maßnahmen Oesterreich-Ungarns sich für Italien täglich schwieriger gestalte. Er hoffe, die Regierung werde der gefährlichen Lage Herr zu werden wissen. Das Parlament des Landes sei darin einig, daß die Defensivkraft Italiens zur Wahrung des Friedens vervollständigt werden müsse.

Fradeletto erklärte, daß die von Oesterreich-Ungarn geleisteten Kompensationen nur scheinbare seien. Gegenüber den Rüstungen dieses Landes müsse die Regierung Vorkehrungen treffen und sich feste Freundschaften auf der Balkan und eine Stütze an England und Rußland sichern.

Aldrano ergriff Chimirri das Wort und führte aus, die Türkei sei von den Ereignissen unmittelbarer berührt als Italien. Dieses könne sich nicht empfindlicher zeigen, als die Türkei. Die durch den Berliner Vertrag für Italien geschaffene Stellung sei unbeliebt. Man spare gegenwärtig die Folgen dieser Stellung. Italien müsse aber, gerade um den jetzigen Zustand zu bessern, im Dreibund bleiben.

Marcelli (Republikaner) brachte einen Antrag ein, dahingehend, die ganze diplomatische Tätigkeit der Regierung der Prüfung und dem Urteil der Legislativgewalt zu unterwerfen. Redner sagte, er lege sich die Frage vor, ob es für Italien rathsam sei, im Dreibund zu verbleiben, und ob es aus ihm ausscheiden könne, ohne den Vertrag zu verletzen; diese Fragen könnten indes nicht gelöst werden, ohne eine genaue Kenntnis des Vertrages mit den mitteleuropäischen Mächten.

Minister des Aeußern Tittoni bemerkte, Mirabelli habe eine juristische Frage aufgeworfen, die durchaus zu trennen sei von der politischen Frage, die in diesen Tagen die Kammer beschäftigte. Er halte es für angebracht, sogleich darauf zu antworten. Da es sich darum handle, den Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes nicht zu interpretieren, sondern zu ändern, so könne dies nur durch Gesetz, nicht aber durch einen einzigen Zweig des Parlaments geschehen. Uebrigens zeige die gegenwärtige erschöpfende Diskussion, daß das italienische Parlament die äußere Politik mit voller Kenntnis des Sachverhalts und mit aus ihm hervorgehenden Urteilen beherrschen könne. Solange die meisten Nationen gewisse diplomatische Uebereinkommen geheim hielten, könne auch Italien durchaus nicht auf diese Geheimhaltung verzichten, ohne sich in eine unglückliche Stellung zu bringen. (Beifall.) Das Parlament habe Mittel, in der auswärtigen Politik einen Willen geltend zu machen, indem es sein Recht der Interpellationen und Anträge in der Budgetdiskussion ausübt, und indem es den Ministern sein Vertrauen oder sein Mißtrauen ausspricht. Aus allen diesen Gründen habe er das Vertrauen, daß die Kammer den Antrag Mirabelli ablehnen werde, wenn dieser es nicht für angebracht halte, ihn zurückzuziehen. (Beifall.)

Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

Zu den Orientfragen.

Wien, 3. Dezember. Nach Informationen an maßgebender Stelle sind die heute verbreiteten Mobilisierungsgerüchte vollständig unwahr. Richtig ist nur, daß aus verschiedenen Zeilen der Monarchie Truppentransporte nach Bosnien und der Herzegowina stattfinden. Dieselben erstrecken sich nur auf die Verwendung der Ersatzreservisten des 1. Jahrganges, welche Ende November nicht entlassen wurden, zur Komplettierung und Erhöhung der in Bosnien stationierten Truppen.

• • •

Belgrad, 3. Dezember. Eine Bekanntmachung im amtlichen Anzeiger von heute besagt, daß die Meldungen auswärtiger Blätter über Schritte der serbischen Regierung zur Aufnahme einer neuen Anleihe unzutreffend sind.

Der frühere Ministerpräsident Paschitsch ist aus Konstantinopel hierher zurückgekehrt.

Heute vormittag hielt die Skupschtina eine geheime Sitzung ab, in der die Abgeordneten des Ausschusses für die nationale Verteidigung über die Ergebnisse ihrer Missionen berichteten.

Es verlautet, daß der Minister des Aeußern Milowanowitsch einem Vertreter der Nowoje Wremja gegenüber geäußert haben soll, er habe auf seiner europäischen Reise die Ueberzeugung gewonnen, daß die Großmächte die Angliederung Bosniens anerkennen werden. Serbien werde sich mit eventuellen Kompensationen begnügen müssen. — Diese angeblichen Ministeräußerungen riefen bei den Altradikalen große Mißstimmung hervor.

• • •

Wie der Kölnischen Zeitung aus Saloniki gemeldet wird, sind bis zum 3. d. M. im Bereiche des dritten Armeekorps 72 000 Redifs einberufen worden. Die von Konstantinopel angewiesenen Gelder sollen für die Verpflegung der Truppen nicht ausreichen und die Armeelieferanten mit Einsiellung der Lieferungen drohen, falls nicht sofort weitere Zahlungen erfolgen.

Die Revolution auf Haiti.

Aus Port-au-Prince wird unter dem 3. d. M. gemeldet: Die Ordnung in der Stadt war am 11 Uhr Vormittags vollständig wieder hergestellt. Mehrere Personen, die Plünderungen begangen haben, sind verhaftet worden. Die Menge griff in der vergangenen Nacht die Läden und die Wohnungen der Anhänger des Präsidenten Nord Alexis an und plünderte sie. Ehe die Behörden die Situation beherrschten, wurden zwölf Personen getötet. Militär feuerte in die Menge, wobei acht Personen getötet wurden. General Poidevin wurde heute zum militärischen Gouverneur von Port-au-Prince ernannt. Der englische Kreuzer Sylvia und das amerikanische Kanonenboot Eagle sind hier eingetroffen, so daß Port-au-Prince nun von fünf fremden Kriegsschiffen beschützt wird.

Ein weiteres, über New York, den 4., eingegangenes Telegramm aus Port-au-Prince besagt: Während die Stadt jetzt verhältnismäßig ruhig ist, haben die Mitglieder des diplomatischen Korps doch in der Uebereinstimmenden Auffassung, daß man sich nicht auf die Maßnahmen eines Sicherheitskomitees verlassen könne, den augenblicklichen Machthabern gemeinsam mitgeteilt, daß im Falle des Wiederbeginns der Unruhen die Kriegsschiffe Truppen landen würden. General Simon war gestern noch 12 Kilom. von Portau-Prince entfernt, sein Eintreffen in der Stadt wird heute erwartet. Einhundertfünfzig Plünderer, Männer und Frauen, wurden verhaftet. Ein großer Teil der Beute konnte ihnen wieder abgenommen werden.

Reform des englischen Oberhauses.

Die Kommission des englischen Oberhauses, die zur Beratung über eine Reform des Oberhauses eingesetzt worden war, empfiehlt in ihrem Bericht, daß der Besitz der Peerswürde nicht länger zu einem Sitz im Oberhause berechtigen solle. Die Kommission schlägt vor, daß die erblichen Peers in Zukunft 200 Peers wählen sollen, die sie für die Dauer einer Parlamentstagung vertreten. Ohne Wahl sollen zu einem Sitz im Oberhause berechtigt sein diejenigen Peers, die die höchsten Aemter in der Heimat innegehabt haben oder Gouverneure der führenden Kolonieen gewesen sind, ferner Peers, die zehn Jahre dem Unterhause angehört oder den Rang eines Vizeadmirals resp. Generalleutnants erreicht haben, solange sie aktiv waren. Endlich wird die Schaffung von Peers auf Lebenszeit ohne Wahl bis zur Zahl von vierzig empfohlen. Die Kolonieen sollen im Oberhause offiziell vertreten sein.

China.

Peking, 3. Dezember. Ein kaiserliches Edikt bringt die Vorbereitungen zur Einführung der Verfassung in Erinnerung. Die Verkündigung der Verfassung wird im Jahre 1916 erfolgen können.

Schanghai, 4. Dezember. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Die Thronbesteigung Pu Yi's zeigte sehr deutlich, daß der Unterschied zwischen den Mandschus und den Chinesen fortbesteht. Bei der Feier der Thronbesteigung standen der Prinz-Regent und sein Bruder rechts, die Mandschu-Mitglieder des Großsekretariats links neben dem Throne. Die Chinesen standen hinter den Mandschus, den Mongolenprinzen und der Leibwache.

Persien.

Aus Teheran, den 3. d. M., wird berichtet: In einer Unterredung, die der Schah dem Vertreter des Reuterschen Bureaus in Teheran gewährte, sprach der Schah sich dahin aus, daß die Verfassung zur Hebung Persiens und zum Wohle und Gedeihen seiner Bevölkerung durchgeführt werden müsse.

Die Verfassung sei die Quelle des Fortschritts anderer Völker gewesen. Aber wegen der beklagenswerten Ergebnisse des letzten Medschlis, der tatsächlich reaktionär statt fortschrittlich gewesen sei, habe das Volk in seiner Unwissenheit von dem Wiederaufleben der Verfassung eine Erneuerung der früheren Uebelstände befürchtet. Allmählich müsse das Volk dahin gebracht werden, die Verfassung richtig zu schätzen, und das sei sein, des Schahs, Ziel. Im Lande gäbe es zwei Parteien, von denen die eine für, die andere gegen die Verfassung sei, und gerade deswegen fürchte er, daß ein übereiter Gesetzlichkeit Unruhen hervorrufen könnte, denen man vorbeugen müsse. Der letzte Medschlis habe genug Unruhe und Blutvergießen verursacht. Er habe den Staatsrat zusammenberufen, der alle diese Fragen behandeln würde. Seine Mitglieder würden nicht Deputierte sein, aber er hoffe, daß sich schließlich die Bedeutung dieser Versammlung entwickeln werde. Mit kleinen Anfängen beginnend, hoffe er, das Volk zum Gedanken einer weitgehenden Verfassung zu erziehen. Bezüglich Täbris erklärte der Schah, es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Bevölkerung eine Verfassung wünsche, oder zum Frieden zurückkehren würde, wenn er sie gewähre. Die Unruhen hätten im vorigen Jahre begonnen, als das Parlament noch tagte. Die Bevölkerung von Täbris sei revolutionär. Die Unterhaltung wurde französisch geführt. Ein Uebersetzer war zur Stelle, doch zeigte der Schah eine genaue Kenntnis der Sprache.

Aus Asterabad wird der Ausbruch von Unruhen gemeldet. Der Gouverneur hatte die Bevölkerung um Ausfertigung einer Petition ersucht, in der dem Schah der Dank der Bewohner für die Abschaffung der Konstitution ausgesprochen werden sollte. Die Bevölkerung lehnte sich hiergegen auf, schloß die Basare und erklärte, sie bereite sich darauf vor, für die Konstitution zu sterben. Die Bewohner der um die Stadt liegenden Dörfer bewaffneten sich und schlossen sich der Bevölkerung der Stadt an. Das Arsenal ist in Gefahr. Der Gouverneur befürchtet eine Beschießung der Stadt.

Kleinere politische Nachrichten.

Nach einer Meldung aus dem Haag ist das Reutersche Bureau zu der Erklärung ermächtigt worden, daß von einem engeren Zusammenschluß zwischen den Niederlanden und England nicht die Rede ist. — Aus Kairo wird telegraphiert: Die Petition des Gesetzgebenden Rates betreffend die Einführung einer Verfassung wird von der nationalistischen Presse mit großer Freude begrüßt. Die hiesigen europäischen Blätter stehen gegenüber einem Erfolge der Petition sehr pessimistisch gegenüber. Das offiziöse Blatt Progrès hält sie für platonisch und unfruchtbar und erinnert an die Ansprüche von Cromer und Gorst, daß das ägyptische Volk erst fleißig arbeiten müsse, um für eine Verfassung reif zu werden.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser machte heute vormittag vom Neuen Palais aus einen Ausritt.

* Ihre Majestät die Kaiserin wohnte gestern nachmittag dem Gottesdienst und der Jahresfeier im Augusta-Hospital bei.

* Der Herzog-Regent von Braunschweig ist gestern vormittag von Leipzig hier eingetroffen.

* Der Papst ist vollkommen wiederhergestellt.

---

u. Der Oberpräsident der Provinz Hannover Dr. Wentzel ist aus Hannover in Berlin eingetroffen, desgleichen der altenburgische Oberstallmeister Frhr. v. Ziegesar aus Altenburg.

u. Der deutsche Gesandte in Christiania v. Treutler ist aus Fellbommer hier eingetroffen und hat im Hotel Kaiserhof Wohnung genommen; dort sind ferner abgestiegen der mecklenburgische Oberhofmarschall v. Bettingshoff aus Schwerin und der frühere russische Finanzminister und Ministerpräsident v. Witte in Begleitung seiner Gemahlin aus St. Petersburg.

* Behufs Teilnahme an den bevorstehenden Beratungen des Bundesrats über die Strafprozeßreform ist, dem württembergischen Staatsanzeiger zufolge, Ministerialdirektor im württembergischen Justizministerium v. Scheel zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten ernannt worden.

---

k. Die Generalleutnants Gallwitz, Kommandeur der 15. Division, und Wagener, Inspekteur der 4. Kavallerieinspektion, Generalmajor Krug v. Nidda, Kommandeur der 3. Königlich sächsischen Kavalleriebrigade Nr. 32, Oberst Wilhelm Herzog von Urach, Graf von Württemberg, Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade (1. Königlich württembergisches), Oberstleutnant Wenninger, Kommandeur des Königlich bayerischen 1. Schweren Reiterregiments, und die Majore v. Romin, Gladow und Ihn Mannenregiment Nr. 15, Bleben v. Schmeling, Pferdevormusterungskommissar, sind in Berlin eingetroffen.

k. Oberstleutnant Gudernian, Kommandeur des Jägerbataillons Nr. 10, und Oberstleutnant Gerete, Artillerieoffizier vom Platz in Graudenz, sind nach beendetem Urlaub von Berlin abgereist.

k. Die Majore v. Berg und Paul Graf zu Castell-Rüdenhausen, Bataillonskommandeure im 2. Garderegiment zu Fuß, haben die Garnison verlassen.

Deutsches Reich.

* In der Sitzung des **Bundesrats** am 3. d. wurde der Vorlage, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat El Salvador, die Zustimmung erteilt.

* Ihre sechste Jahresversammlung hielt die **American Association of Commerce and Trade in Berlin** am Montag abend ab. Für die deutsche Geschäftswelt werden die Ausführungen des Präsidenten der Association, Herrn F. Hessenberg, über seine Unterredung mit dem stellvertretenden Schatzsekretär in Washington von Interesse sein, da diese über die Absichten der Unionsregierung in der Tarifpolitik Aufklärung enthält. Herr Hessenberg sagte: Unsere Vereinigung wurde gegründet und arbeitet für die Förderung der Beziehungen zwischen Einzelpersonen und Firmen in beiden Ländern, sowie für die Vornahme von solchen Maßnahmen, welche die Geschäftsverbindungen zwischen beiden Ländern erleichtern und schützen. Mit Rücksicht darauf dürfte es von Interesse sein, über eine Unterredung zu berichten, welche ich in diesem Frühjahr in Washington mit dem Assistant Secretary of the Treasury hatte, der sich zunächst in liebenswürdigster Weise an seinen Aufenthalt in Berlin erinnerte, wo wir am 19. Oktober 1907 die Ehre hatten, ihn und seine hervorragenden Begleiter festlich zu bewirten. Im Verlauf der Unterhaltung wurde die Frage der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten berührt, und ich drückte die Hoffnung aus, daß ein allseitig befriedigendes Handelsvertrag demnächst zwischen den beiden Ländern abgeschlossen wird. Der Herr Assistant Secretary erwiderte hierauf sehr freimütig, daß ein Vertrag unmöglich und wahrscheinlich ungesetzlich sein würde, insofern als alle Verträge durch den Senat genehmigt werden müßten, während (ein seltsamer legislatives Dilemma) alle Finanzgesetze und Verordnungen ein Vorrecht des House of Representatives sind. Unter diesen Umständen ist es sehr schwierig, die Angelegenheit zu verfolgen, ohne die gesetzlichen Vorrechte der einen der beiden Kammern zu verletzen. Nach der Meinung des Assistant Secretary ist ein Maximal- und Minimaltarif die einzige Lösung, weil dadurch die Vereinigten Staaten die nötige Unterlage für Zollverhandlungen gewinnen würden. Er würde es für das richtigste finden, wenn alle Handeltreibenden in Deutschland und anderwärts Eingaben an die Regierung der Vereinigten Staaten richten würden, in welchen sie die Einbringung eines Maximal- und Minimaltarifs fordern, um Verhandlungen mit fremden Ländern zu ermöglichen. Ein derartiges Vorgehen hätte nach seiner Meinung mehr Wert als irgendwelche akademischen Meinungen, und glaubt er, daß unsere Vereinigung sowohl wie die Pariser amerikanische Handelskammer in dieser Richtung arbeiten sollten. Er war sehr optimistisch über die Aussichten der Tarifreform und sagte mir, daß die betreffenden Kommissionen des Senats während der Vertagung sich andauernd mit der Tarifreform beschäftigen ebenso wie mit der Frage eines Maximal- und Minimaltarifs. Irgendeine Aenderung in den Ausführungsbestimmungen für den Tarif, wie z. B. eine Abänderung des Paragraphen über Strafzahlungen für zu niedrige Wertangaben mit einem Spielraum von 10 pCt., wie von Deutschland verlangt, an Stelle von 1 pCt. betrachte er als vollständig ausgeschlossen, solange nicht die Revision des Tarifs durchgeführt ist. Er erklärte ferner, und in der Zwischenzeit haben uns das so zahlreiche Kabelnachrichten von drüben bestätigt, daß eine starke Neigung für die Tarifrevision im Lande vorhanden ist, und daß diese Frage zweifellos, sobald der neue Kongreß zusammentritt, aufgenommen werden wird. Inzwischen werden alle Vorarbeiten ausgeführt und die einschlägigen Berichte der Kommission fertiggestellt, so daß die endgültige Entscheidung zur geeigneten Zeit ohne Aufschub erfolgen kann."

* Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten hat dem Staatssekretär des Reichsjustizamts am 30. November eine Eingabe in der Angelegenheit des **Eigentumsvorbehaltes an Maschinen** überreicht. Diese Eingabe ist eine Beantwortung der sieben Fragen, die das Reichsjustizamt im Herbst 1907 den wirtschaftlichen Vereinen und Handelskammern vorgelegt hat. In seinem Begleitschreiben erwähnt der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, daß die Verzögerung in der Beantwortung dadurch herbeigeführt ist, daß er zuerst die Maschinenindustrie so überaus wichtige Frage auf eingehendste durch einen von seiner Hauptversammlung eingesetzten Ausschuß hat beurteilen lassen. Zu diesem Zweck waren mehrfach Umfragen und Erhebungen notwendig, die viel Zeit in Anspruch genommen haben, und der Ausschuß hat außerdem das Für und Wider der verschiedenen Parteien und Ansichten eingehend gehört und gewürdigt. Das Ergebnis ist eine umfassende Denkschrift, die zu dem in folgendem Leitsatz zusammengefaßten Schluße kommt: „Der zwischen Lieferer und Käufer von Maschinen vereinbarte Eigentumsvorbehalt muß unter allen Umständen rechtsgültig sein, aber es muß ein vollgültiger Ersatz dafür gefunden werden." Die Denkschrift betont, daß selbstverständlich die Rechte der Hypothekengläubiger gegen Mißbrauch geschützt werden müssen; der Verein deutscher Maschinenbauanstalten ist aber der Ansicht, daß dies ohne Aenderung der bestehenden Grundbuchvorschriften geschehen kann. Weiter betont die Denkschrift die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eigentumsvorbehaltes für weite Kreise, und zwar nicht nur der Maschinenindustrie, sondern in ebenso hohem Maße der Abnehmer, insbesondere des gewerblichen Mittelstandes und des Kleingewerbes, wie auch der Landwirtschaft. Der Verein, der die hauptsächlichsten Maschinenfabriken Deutschlands in sich vereinigt, spricht endlich die Hoffnung aus, daß sich alle Vertreter der besonderen interessierten Maschinenindustrie Gelegenheit gegeben werde, an der weiteren Behandlung der Anregegenheit mitzuarbeiten und seine Anschauungen an maßgebender Stelle zu vertreten.

* Zu Fragen der Reichsfinanzreform nahm die **Potsdamer Handelskammer**, Sitz Berlin, in ihrer Gesamtsitzung vom 1. Dezember 1908 Stellung. Sie war einstimmig der Ansicht, daß die Brausteuer von dem Braugewerbe zurzeit nicht gefordert werden kann, da es in den letzten Jahren allgemein einen schweren wirtschaftlichen Niedergang zu erleiden hatte. Sollte sich daher mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen eine Erhöhung der Steuer nicht vermeiden lassen, so müssen nach Ansicht der Kammer weitergehende Garantieen dafür geschaffen werden, daß die Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten, die von der Regierung offenbar gleichfalls als wünschenswert angesehen wird, auch wirklich allgemein durchgeführt wird. Die Verfolgung von Einzelvorschlägen nach dieser Richtung hat die Kammer vermeiden zu sollen geglaubt. Sodann erkannte die Kammer Tabak und Tabakfabrikate, insbesondere auch Zigarren, als geeignete Objekte für die indirekte Besteuerung an. Mußte es auch von ihr als zweifellos angesehen werden, daß bei der Einführung der beabsichtigten Steuer der Verbrauch einen Rückgang aufweisen wird, so erschien ihr doch die Besürchtung nicht gerechtfertigt, daß man aus diesem Grunde mit einer erheblichen Schädigung des ganzen Tabakgewerbes rechnen müßte, zumal da der Minderverbrauch nur ein vorübergehender sein wird. Die Kammer setzte allerdings dabei voraus, daß das Gewerbe nur dann vor ernsteren Erschütterungen bewahrt bleiben werde, wenn ihm die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse nach Möglichkeit erleichtert wird. Insbesondere müßte die im § 81 des Entwurfes vorgesehene Verbindung der Nachsteuer für Tabakfabrikate in unbedeckter Form zur Ausführung kommen, denn die Kammer konnte sich nicht verhehlen, daß die Aufbringung sehr bedeutender Steuersummen bis spätestens zum 25. März 1910 eine große Anzahl von Betrieben in schwierige Bedrängnis bringen wird. Es erscheint sich daher für eine wesentliche Erweiterung der Stundungsfrist aus.

pf. Eine stark besuchte Versammlung des **Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten** in Berlin, bei eine Anzahl Abgeordneter beiwohnte, nahm gestern eine Resolution an, in der es heißt: Der außerordentliche Verbandstag des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten erkennt an, daß die für die Reichsbeamten in Aussicht genommene Besserung der Gehälter zusammen mit der beabsichtigten Ebnung des Wohnungsgeldzuschusses, als Ganzes betrachtet, wohl eine Einkommensverbesserung darstellt. Er kann aber das, was in der Besoldungsvorlage für die mittleren Postbeamten vorgesehen ist, unbedingt nicht als eine ausreichende Aufbesserung gelten lassen, und erblickt darin eine unverdiente Zurücksetzung gegenüber den gleichwertigen preußischen Beamten. Nur eine Mindesterhöhung der Gehälter der Oberpost- und Obertelegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter von 1500 bis 3000 ℳ auf 1800 bis 3600 ℳ, ersteicher in 18 Jahren, außer den für Postverwalter schon vorgesehenen Stellenzulagen, bei Post- und Telegraphensekretäre von 1700 bis 3500 ℳ auf 2200 bis 4200 ℳ, der Oberpost- und Obertelegraphensekretäre und Postmeister von 2100 bis 4200 ℳ auf 2500 bis 4500 ℳ in 15 Jahren und eine versuchsmäßige Zulage von 300 ℳ für das letzte Drittel der Oberpostsekretäre und Postmeister würde der außerordentlichen Preissteigerung in den beiden letzten Jahrzehnten einigermaßen Rechnung tragen und zugleich Vorbildung, Prüfungen und Leistungen dieser Beamten, sowie die historische Entwicklung des Standes der mittleren Postbeamten berücksichtigen. Als eine vollbefriedigende Regelung der Gehaltsfrage der mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten ist jedoch nur die Durchführung der Personalreform nach dem Beschlusse des Reichstages bei der Etatsberatung im Februar 1907 anzusehen.

* Der **Deutsche Volkswirtschaftliche Verband** trat am 30. d. M. in Berlin unter Vorsitz von Prof. Dr. P. Albrecht zur Hauptversammlung zusammen. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, umschließt der Verband jetzt über 800 Fachbeamte wirtschaftlicher Interessenvertretungen und sonstige praktische Volkswirte. Im Vordergrunde der Tätigkeit steht neben den ständigen Arbeiten wie Stellenanzeiten usw. insbesondere die Unterfuchung über den geschmäßigen Vorbildungsgang der volkswirtschaftlichen Fachbeamten. Eine Kommission, bestehend aus Prof. Albrecht, Dr. Behrend, Dr. Borgius, Prof. Bücher, Prof. Dade, Prof. v. Halle, Dr. Krueger und Prof. Stein, ist mit der Aufgabe betraut, nach den vorbereitenden Verhandlungen auf der letzten Vertrauensmann des Vereins für Sozialpolitik bestimmte Vorschläge und Direktiven aufzustellen. Bei den Verhandlungen war die Stellungnahme zur staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten bemerkenswert. Nach Referaten des Geschäftsführers Dr. H. E. Krueger und von Dr. Wolfang Heinz über Verband, Ziel und Arbeitsplan wie er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gibt, daß die Reichsregierung für den ständig wachsenden Kreis der Beamten eine bessere Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenfürsorge schaffen will, als dieses durch die zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen geschieht wird. Es begrüßt die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Regierung auch im Interesse der Beamten wirtschaftlicher Korporationen und der sonstigen berufsmäßigen Volkswirte. „Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband", heißt es alsdann aber weiter, „ist jedoch der Meinung, daß für die an erstreckende Einbeziehung bestehende Grundlage maßgebend sein muß, der die bisherige soziale Versicherungsgesetzgebung beherrschte: Ein staatlicher Zwang zur Versicherung darf nur ausgesprochen werden, soweit die Interessen der Gesamtheit dies erfordern. Es würde daher eine Ausdehnung der Versicherung auf die höheren und in leitenden Stellungen befindlichen Privatbeamten nicht gegeben ist, weist der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband den Vorschlag der im Juli d. J. veröffentlichten Denkschrift betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten zurück, für alle Privatangestellten unterschiedslos eine Zwangsversicherung vorzuschreiben. Er fordert vielmehr 1. daß als Privatangestellte im Sinne eines entsprechenden Gesetzes nur diejenigen Privatbeamten anzusehen sind, deren Gehalt 6000 ℳ nicht übersteigt; 2. daß die Versicherung bei privaten Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften und Genossenschaften, sofern sie höhere Leistungen als die gesetzlich festgesetzten gewähren, zugelassen wird." Es wurde eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, die Interessen der praktischen Volkswirte bei der weiteren Vorbereitung eines Pensionsversicherungsgesetzes wahrzunehmen.

* Das von Dr. Lindemann und Dr. Stöckhardt herausgegebene **Kommunale Jahrbuch** (Jena, Gustav Fischer, Preis ungeb. 15 ℳ) stellt in der deutschen staatswissenschaftlichen Literatur eine